

**11.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3
„Gewerbegelande Köthen- Ost / Alte Straße“
unter Einbeziehung einer Teilfläche des Bebauungsplanes Nr. 9 „Gelände der
ehemaligen Förderanlagen- und Kranbau GmbH“ der Stadt Köthen (Anhalt)**

**Öffentliche Auslegung vom
08.07.2019 bis 09.08.2019**

bereits vorliegende, umweltbezogene Stellungnahmen :

Landesverwaltungsamt , Referat 407	vom 18.12.2018
Landkreis Anhalt -Bitterfeld	vom 03.01.2019
Amt für Landwirtschaft, Flurerneuerung und Forsten Anhalt	vom 09.01.2019

Jirsch, Kerstin

Von: Kittel, Klaus-Dieter <Klaus-Dieter.Kittel@lvwa.sachsen-anhalt.de>
Gesendet: Dienstag, 18. Dezember 2018 10:38
An: Jirsch, Kerstin
Betreff: 11. Änderung Bebauungsplan Nr. 3 "Gewerbegebiet Köthen - Ost / Alte Straße", Stadt Köthen (Anhalt)

Sehr geehrte Frau Jirsch,

hiermit übersende ich Ihnen die Stellungnahme des **Referates 407** zum o.g. Bebauungsplan:

Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege für den hier benannten Bebauungsplan vertritt die Naturschutzbehörde des Landkreises Anhalt – Bitterfeld.

Hinweis:

Umweltschadensgesetz und Artenschutzrecht sind zu beachten. Ich verweise in diesem Zusammenhang insbesondere auf § 19 BNatSchG i.V.m. dem Umweltschadensgesetz (vom 10. Mai 2007, BGBl. Teil I S. 666) sowie auf die §§ 44 und 45 BNatSchG.

Mit freundlichen Grüßen

Kittel

--

Klaus-Dieter Kittel
Referat Naturschutz, Landschaftspflege, Umweltbildung
Landesverwaltungsamt
Dessauer Straße 70
06118 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 514-2145
Fax: (0345) 514-2118
E-Mail: klaus-dieter.kittel@lvwa.sachsen-anhalt.de

Sachsen-Anhalt.
Hier macht das
Bauhaus Schule.

#moderndenken

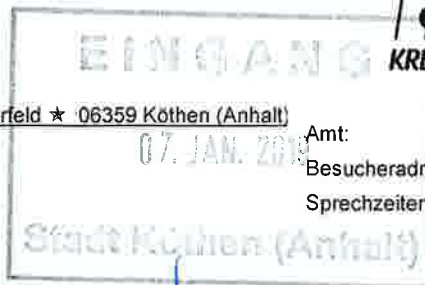
Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Der Landrat



Postanschrift: Landkreis Anhalt-Bitterfeld ★ 06359 Köthen (Anhalt)

Stadt Köthen (Anhalt)
PF 1259 1-5
06352 Köthen (Anhalt)



8.1.19
06.1

Amt: Bauordnungsamt
Besucheradresse: 06749 Bitterfeld-Wolfen/ OT Bitterfeld, Röhrenstraße 33
Sprechzeiten: Di.: 9.00 – 12.00 und 14.00 – 18.00
Do.: 9.00 – 12.00 und 14.00 – 17.00
Fr.: 9.00 – 12.00
sowie nach Vereinbarung
Auskunft erteilt: Frau Hentschel
Zimmer: 203
Telefon: (03493) 341 620
Fax: (03493) 341 589
E-Mail*: Baerbel.Hentschel@anhalt-bitterfeld.de

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen (bei Antwort bitte angeben)
Az.: 63-03142-2018-50

Datum
03.01.2019

Vorhaben	11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 "Gewerbegebiet Köthen-Ost/Alte Straße" der Stadt Köthen (Anhalt) hier: Stellungnahme gemäß § 4 Abs.1 BauGB	Antrag vom:
Grundstück	Köthen (Anhalt), Köthen, Alte Straße Gemarkung: Köthen, Flur: 29, Flurstück: 184, 185, 186, 167/2, 168/2, 169/2, 170/2, 171/2, 174/2, 175/2, 176/2, 1004, 1008, 1012, 1056, 1057, 1058, 1108, 1109, 166/2, 188/5, 1009, 1010, 1013, 1059, 191/2, 191/8, 1019, 1000, 132/1, 133/1, 133/3, 132/2, 158/2, 159/2, 160/2, 135/11, 135/12	Eingang am: 07.12.2018 Antrag vollständig am:

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Beteiligungsverfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB gebe ich als Träger öffentlicher Belange nachfolgende gebündelte Stellungnahme des Landkreises Anhalt-Bitterfeld ab.

Mit dieser Stellungnahme wird den vorgeschriebenen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren nicht vorgegriffen und es werden damit weder öffentlich-rechtliche noch privatrechtliche Zustimmungen und Gestattungen erteilt.

Meine Behörde nimmt keine Vorabwägung vor.

1. Umweltamt

Immissionsschutz

Gegen die Änderung des B-Plans bestehen keine Einwände.

Aufgrund der Umstrukturierung der Flächen innerhalb des Geltungsbereichs treten geringfügige Verbesserungen hinsichtlich der Geräuschemissionsbelastungen auf, da Flächen denen bisher durch Emissionskontingente anteilige Geräuschemissionen an den umliegenden maßgeblichen Immissionsorten zugestanden wurden nunmehr einer möglichen gewerblichen Nutzung entzogen werden und zukünftig als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft vorbehalten werden.

Bodenschutz

Von Seiten der unteren Bodenschutzbehörde bestehen keine Einwände gegen o.g. Vorhaben, wenn folgende Hinweise berücksichtigt werden:

Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Umweltamt, verfügt als zuständige Behörde über ein flächendeckendes Kataster von altlastenverdächtigen Flächen und schädlichen Bodenveränderungen.

Hauptsitz und Hausanschrift der Kreisverwaltung:

Am Flugplatz 1
06366 Köthen (Anhalt)

Bankverbindung:

Kreissparkasse Anhalt-Bitterfeld

Internet: www.anhalt-bitterfeld.de
E-Mail*: post@anhalt-bitterfeld.de

IBAN: DE72 8005 3722 0302 0069 07
BIC: NOLADE21BTF

Sprechzeiten der Bürgerämter:

Montag: 08:00 – 18:00
Dienstag: 08:00 – 18:00
Mittwoch: 08:00 – 14:00
Donnerstag: 08:00 – 18:00
Freitag: 08:00 – 14:00

*E-Mail-Adresse nur für formlose Mitteilungen ohne elektronische Signatur

In diesem Altlastenkataster sind derzeit keine Altlastverdachtsflächen oder schädlichen Bodenveränderungen für die Flächen der 11. Änderung des B-Planes Nr. 3 registriert.

Unmittelbar westlich im Bereich des B-Plans Nr. 9 schließen sich bekanntlich die Betriebsflächen der Förderanlagen- und Kranbau GmbH an, welche im Altlastenkataster registriert sind (näheres hierzu ist dem entsprechenden B-Plan Nr. 9 zu entnehmen).

Sollten sich bei den Erdarbeiten organoleptische (geruchliche oder optische) Auffälligkeiten im Boden zeigen bzw. ergeben sich Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten, ist die untere Bodenschutzbehörde zu informieren (§§ 2, 3 des Bodenschutz-Ausführungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (BodSchAG) vom 2. April 2002).

Aus Sicht des vorsorgenden Bodenschutzes gibt es folgende Hinweise:

Für die Bewertung der natürlichen Bodenfunktionen steht ein für Sachsen-Anhalt entwickeltes Verfahren, welches auf neuen Erkenntnissen in Auswertung der Reichsbodenschätzungsdaten beruht, zur Verfügung. Dieses Bodenfunktionsbewertungsverfahren (BFBV) des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt stellt auf die Bewertungskriterien Ertragsfähigkeit (Standortpotenzial für natürliche Pflanzengesellschaften- natürliche Bodenfruchtbarkeit), Naturnähe (Standortpotenzial für natürliche Pflanzengesellschaften), Wasserhaushaltspotential (Regelung im Wasserhaushalt Oberflächenabfluss und Grundwasserneubildung) sowie die Archivbodenkarte (Betrachtung der Böden als Archive der Natur- und Kulturgeschichte) gemäß § 2 Abs. 2 BBodSchG ab, woraus eine Gesamtbewertung für das jeweilige Gebiet abgeleitet werden kann. Die Bodenfunktion Lebensgrundlage und Lebensraum für Pflanzen insbesondere die „natürliche Bodenfruchtbarkeit (Ertragsfähigkeit)“ nimmt dabei aufgrund seiner wachsenden Bedeutung (Pflanzen für Kohlendioxid-, Sauerstoff- und Wasserhaushalt relevant) und zur Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Energiepflanzen, eine herausragende Stellung ein.

Entsprechend dieses Bodenfunktionsbewertungsverfahrens ergibt sich für den Geltungsbereich der 11. Änderung des B-Planes Nr. 3, dass hier die Bodenfunktionen mit der Bewertungsstufe sehr gut ausgeprägt sind. Die Einstufung beruht in erster Linie auf der hohen Ertragsfähigkeit und dem guten Wasserhaushaltspotential. Die Naturnähe ist dagegen als gering zu bewerten. Archive der Kultur- und Naturgeschichte (z.B. Archivböden/Bodendenkmale, seltene Bodenformen) sind im Plangebiet unserer Kenntnis nach nicht vorhanden.

Für den Eingriff in Natur und Landschaft sieht der B-Plan gemäß Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vor, welche im noch zu erstellenden Umweltbericht näher erläutert werden sollen.

Bauliche Anlagen sind so zu errichten und zu nutzen und die Maßnahmen sind so durchzuführen, dass eine Gefährdung des Bodens auszuschließen ist (§§ 4, 7 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) vom 17. März 1998 in der derzeit gültigen Fassung). Insbesondere die Lagerung und Tätigkeiten mit boden- und wassergefährdenden Materialien haben so zu erfolgen, dass keine Verunreinigungen des Bodens entstehen können. Bei Aushub- und Bohrarbeiten ist daher darauf zu achten, dass Baumaschinen gegen Tropfverluste sowie auslaufende Kraftstoffe und Öle gesichert sind und, dass Wartungs- und Reparaturarbeiten sowie die Betankung nur mit untergelegter Folie oder Wanne bzw. auf befestigten, hierfür vorgesehenen Flächen erfolgen.

Entsprechend § 1(1) Bodenschutz-Ausführungsgesetz Sachsen-Anhalt (BodSchAG LSA) vom 2. April 2002 ist mit Grund und Boden sparsam und schonend umzugehen. Es sind Bodenversiegelungen auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen. Vorrangig sind bereits versiegelte, sanierte, baulich veränderte oder bebaute Flächen wieder zu nutzen.

Die Entsorgung und der Wiedereinbau von Aushubmaterialien haben entsprechend den „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen“, Mitteilung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) Nr. 20 in der Fassung vom 05.11.2004 i.V. mit Teil I in der Fassung vom 06.11.2003, zu erfolgen, unter Berücksichtigung der LAGA Nr. 20 in der Fassung vom 6. Nov. 1997 für Bauschutt.

Abfallrecht

Seitens der unteren Abfallbehörde bestehen **keine Einwände** im Zusammenhang mit diesbezüglich geplanten Bauvorhaben, wenn folgende Hinweise berücksichtigt werden:

1. Alle bei den Bauarbeiten anfallenden Abfälle sind einer ordnungsgemäßen Entsorgung (Verwertung oder Beseitigung) zuzuführen (siehe § 7 (Verwertung) bzw. § 15 (Beseitigung) des Kreislaufwirtschaftsgesetzes – KrWG – vom 24.02.2012, BGBl. I S. 212).
2. Bezüglich der Deklaration, Analytik und Verwertung von mineralischen Abfällen (Erdaushub, Bauschutt etc.), die im Zuge des Vorhabens anfallen bzw. verwertet werden sollen, wird auf die Technischen Re-

geln der Bund-/Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA), Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen / Abfällen, Merkblatt 20 verwiesen.

In Sachsen-Anhalt ist die Fassung vom 05.11.2004 der LAGA Merkblatt 20, Teil II (Verwertung von Bodenmaterial), Teil III (Probenahme und Analytik) sowie Anlage 3 (Gleichwertige Bauweisen und Abdichtungssysteme) in den abfall- und bodenschutzrechtlichen Vollzug eingeführt worden. Weiterhin ist Teil I (Allgemeiner Teil) der Fassung der LAGA Merkblatt 20 vom 06.11.2003 zu vollziehen.

Die Bewertung von ggf. anfallendem Bauschutt erfolgt entsprechend der Fassung der LAGA Merkblatt 20 vom 06.11.1997.

3. Sollte zur Verfüllung von Baugruben bzw. zur Geländeregulierung ortsfremder Bodenaushub eingesetzt werden, hat dieser die Zuordnungswerte der Einbauklasse 0 der LAGA, Merkblatt 20 vom 05.11.2004 einzuhalten. Vorrangig ist jedoch standorteigenes, organoleptisch unauffälliges bzw. analytisch geeignetes Material zur Verfüllung zu verwenden.

Beim Einbau in technischen Bauwerken ist eine Verwertung bis zur Einbauklasse Z2 möglich (unter definierten technischen Sicherungsmaßnahmen). Der Einsatz Bodenaushub > Z 0 und von Bauschutt zu technischen Zwecken ist nur in Abstimmung mit der unteren Bodenschutzbehörde und der unteren Abfallbehörde zulässig.

4. Bei der Anlage von versiegelten Bereichen ist Folgendes zu beachten: Bei der Verwendung von mineralischen Abfällen (Recycling-Material), sind für diese, unterhalb einer Vollversiegelung (z.B. unterhalb der Bodenplatte, als Frostschutz-/Tragschicht), die Zuordnungswerte Z 2 gemäß LAGA Merkblatt 20 in der Fassung vom 06.11.1997 einzuhalten.

Ist keine Vollversiegelung (wasserdurchlässig) vorgesehen (z.B. Herrichtung von Stellflächen, Zuwegungen), sind die Zuordnungswerte Z 1.1 der LAGA Merkblatt 20 in der Fassung vom 06.11.1997 einzuhalten.

5. Es wird darauf hingewiesen, dass auch die Beförderung von nicht gefährlichen Abfällen (Erdaushub, Bauschutt etc.) gemäß § 53 KrWG anzeigepflichtig ist. Die Anzeigenerstattung ist in § 7 Abs. 1 Anzeige- und Erlaubnisverordnung (AbfAEV), Artikel 1 vom 05.12.2013 (BGBl. I S. 4043) geregelt.
6. Für die abfallrechtliche Überwachung ist gemäß § 32 Absatz 1 des Abfallgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (AbfG LSA vom 01.02.2010, GVBl. LSA S. 44, in der derzeit gültigen Fassung) der Landkreis Anhalt-Bitterfeld als untere Abfallbehörde zuständig.

Naturschutz

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zur 11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 der Stadt Köthen (Anhalt) „Gewerbegebiet Köthen-Ost / Alte Straße“ ergeben sich aus naturschutzrechtlicher und – fachlicher Sicht folgende Planungshinweise:

1. Schutzgebiete/ Schutzobjekte i. S. des BNatSchG

Im räumlichen Geltungsbereich der beiden Änderungsflächen befinden sich keine Schutzgebiete oder Schutzobjekte i. S. der §§ 23-29 BNatSchG sowie Natura 2000-Gebiete gemäß § 32 BNatSchG. Die Änderungsflächen tangieren auch keine der vorgenannten Schutzgebiete.

Im westlichen Teil der Änderungsfläche I befinden sich lineare Gehölzstrukturen, die gemäß Naturschutzregister gemäß § 30 BNatSchG bzw. § 22 Abs. 1 NatSchG LSA gesetzlich geschützt sind. Diese Gehölzflächen sollen im Rahmen der Änderung des Bebauungsplanes als Gewerbegebiet festgesetzt werden. Die Änderung des Bebauungsplanes würde Handlungen ermöglichen, die zu einer Zerstörung der gesetzlich geschützten Gehölzbestände führen. Diese Handlungen sind gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG verboten. **Auf Antrag der Stadt Köthen kann gemäß § 30 Abs. 4 Satz 1 BNatSchG über eine erforderliche Ausnahme oder Befreiung von den Verboten des § 30 Abs. 2 BNatSchG vor der Aufstellung des Bebauungsplanes entschieden werden.** Zuständig ist die untere Naturschutzbehörde. Die Zulassung einer Ausnahme von den Verboten des § 30 Abs. 2 BNatSchG setzt gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG die Ausgleichbarkeit der Beeinträchtigungen voraus.

2. Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB ist für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen Auswirkungen des Bebauungsplanes auf die einzelnen Schutzgüter von Natur und Landschaft ermittelt und in einem Umweltbericht, der gemäß § 2a Satz 3 BauGB einen gesonderten Teil der Begründung bildet, beschrieben und bewertet werden.

Der Umweltbericht soll inhaltlich den Vorgaben der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB entsprechen und sich im Detaillierungsgrad an der Darstellungsebene des Bebauungsplanes orientieren.

3. Aus den vorliegenden Unterlagen und der naturräumlichen Ausstattung insbesondere der Änderungsfläche I ist abzuleiten, dass die künftigen Festsetzungen des Bebauungsplanes zu Veränderungen der Gestalt und Nutzung von Grundflächen führen, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können. Die Planänderung führt somit zu Eingriffen in Natur und Landschaft i. S. des § 14 Abs. 1 BNatSchG. Gemäß § 18 Abs. 1 BNatSchG ist über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz nach den Vorschriften des Baugesetzbuchs zu entscheiden.

Gemäß § 1a Abs. 3 BauGB erfolgt der Ausgleich durch geeignete Darstellungen und Festsetzungen nach § 9 BauGB als Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich. Soweit dies mit einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung und den Zielen der Raumordnung sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege vereinbar ist, können die Darstellungen und Festsetzungen auch an anderer Stelle als am Ort des Eingriffs erfolgen. Anstelle von Darstellungen und Festsetzungen können auch vertragliche Vereinbarungen nach § 11 oder sonstige geeignete Maßnahmen zum Ausgleich auf von der Gemeinde bereitgestellten Flächen getroffen werden.

Im weiteren Planungsverlauf sollten wirksame Maßnahmen ermittelt und zeichnerisch bzw. textlich festgesetzt werden, die einen funktionalen Ausgleich erheblicher Beeinträchtigungen der betroffenen Schutzgüter (insb. der gesetzlich geschützten Biotope) sicherstellen.

4. Im Änderungsverfahren sind die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG auf der Grundlage der floristischen und faunistischen Ausstattung des Plangebietes zu erörtern.

Soweit erforderlich, sind geeignete Festsetzungen zur Vermeidung von Tötungsverbotstatbeständen und zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit von den Planinhalten betroffener Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere besonders geschützter Arten im räumlichen Zusammenhang vorzunehmen.

2. Brand- und Katastrophenschutz

Katastrophenschutz

Die betreffende Fläche wurde anhand der zurzeit vorliegenden Unterlagen (Belastungskarten) und Erkenntnisse überprüft.

Die betreffende Fläche ist als Kampfmittelverdachtsfläche ausgewiesen. Somit ist der zuständigen Bauordnungsbehörde (Bauordnungsamt des Landkreises Anhalt-Bitterfeld) vor Beginn von Tiefbauarbeiten oder sonstigen erdengreifenden Maßnahmen ein Nachweis über die Kampfmittelfreiheit des betreffenden Baugrundstückes nach § 13 BauO LSA vorzulegen.

Die Kampfmittelfreiheit wird durch das Technische Polizeiamt des Landes Sachsen-Anhalt oder eine dafür geeignete Kampfmittelräumfirma bescheinigt.

Zu einem Kampfmittelprüfungsverfahren sind folgend aufgeführte Unterlagen **beim Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst des Landkreises Anhalt-Bitterfeld, Richard-Schütze-Straße 6, 06749 Bitterfeld-Wolfen** einzureichen:

- kurze Maßnahmenbeschreibung,
- Auflistung der von der Maßnahme betroffenen Flurstücke,
- Auflistung der Grundstückseigentümer der betroffenen Flurstücke,
- Arbeitskarte (2fach), aus welcher Angaben zu Gemarkung, Flur und Flurstück, sowie die Grenzen des Flurstücks ersichtlich sind.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


Hentschel
SGL Bauplanung/Denkmalschutz



SACHSEN-ANHALT

Amt für Landwirtschaft,
Flurneuordnung
und Forsten
Anhalt

Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Anhalt
Postfach 1622 06814 Dessau-Roßlau

Stadt Köthen (Anhalt)
Abt. Stadtentwicklung
Marktstraße 1-3
06366 Köthen (Anhalt)

**11. Änderung des B-Planes Nr. 3 „Gewerbegebiet Köthen-Ost/Alte Straße“ der Stadt Köthen (Anhalt)
hier: Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 2 und 4 BauGB**

Dessau-Roßlau, 09.01.2019

Ihr Zeichen/ Ihre Nachricht
vom: Ji-11-BP3 / 03.12.2018

Mein Zeichen: 21.4 / 98-05_1

Bearbeitet von: Herrn Petzoldt

Tel.: 0340 6506-608

E-Mail:
thomas.petzoldt@alff.
mule.sachsen-anhalt.de

- ☐ Wahrzunehmende Belange (Agrarstruktur, Flurneuordnung, Bodenordnung im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und Landwirtschaft, Bodenschutz - landwirtschaftliche Bodennutzung, Dorferneuerung, ländlicher Raum) werden nicht berührt.
- ☐ Eine weitere Beteiligung im Aufstellungsverfahren erübrigt sich, auch wenn die Planung inhaltlich geändert wird.
- ☒ Eine weitere Beteiligung im Aufstellungsverfahren ist erforderlich, wenn die Planung inhaltlich und/oder räumlich geändert wird.
- ☒ Fachliche Stellungnahme:

Gegen den o. g. Bebauungsplan werden aus öffentlich landwirtschaftlicher Sicht grundsätzlich keine Bedenken erhoben.

Nördlich bzw. östlich der geplanten Änderungsfläche II befindet sich eine Landwirtschaftsfläche (Feldblock Ackerland).

Vor der Umsetzung der geplanten Bepflanzungsmaßnahme „P 136 Südlich Alte Straße“ (siehe Vorentwurf S. 9 3.4 Landschaftsplanung) ist diesbzgl. unbedingt eine Absprache mit dem Bewirtschafter dieser Fläche notwendig. Die Bewirtschaftung der Fläche ist bis zur Inanspruchnahme für die Bepflanzungsmaßnahme zu gewährleisten.

Flurneuordnungsverfahren nach Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LwAnpG) und/oder Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) sind gegenwärtig nicht betroffen.

E-Mail-Adresse nur für
formlose Mitteilungen
ohne elektronische Signatur

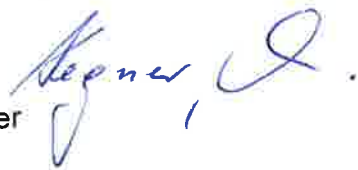
Kühnauer Str. 161
06846 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340 6506-0
Fax: 0340 6506-601
E-Mail: poststelleDE@
alff.mule.sachsen-anhalt.de
www.mule.sachsen-anhalt.de

Landeshauptkasse
Sachsen-Anhalt
Deutsche Bundesbank
Filiale Magdeburg
BLZ 810 000 00
Konto-Nr. 810 015 00

Anträge zum ländlichen Wegebau außerhalb von Bodenordnungsverfahren, die dem Ländlichen Wegekonzept Sachsen-Anhalt zu Grunde liegen, sind für den dargestellten Betrachtungsraum im ALFF Anhalt weder anhängig noch geplant.

Ferner gibt es aus der Sicht des Programms über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen Entwicklung in Sachsen-Anhalt (RELE) keine Einwände.

Im Auftrag

i.V. 
Glatzer